

Interkantonale Zusammenarbeit durch Verträge

Eine Herausforderung für die
Rechtsetzung

Staatskanzlei

Magnus Oeschger
Leiter Rechtsdienst /
Ratsschreiber-Stellvertreter



Glarnerland macht bekannt.

Glarnerland

Phasen der Rechtsetzung

1. **Impuls**
2. **Vorverfahren**
 - Aufnahme Ist-Zustand
 - Normkonzept
 - Vorentwurf
 - Vernehmlassungsverfahren
 - Entwurf
3. **Beschlussfassung**
4. **Publikation**
5. **Inkrafttreten**



Herausforderungen aus Blickwinkel
„Recht und Legistik“ eines Kantons

Impuls

Anlass / Motiv zum Abschluss eines interkantonalen Vertrages:

- **Rechtsvereinheitlichung / Rechtsharmonisierung**
- **Schaffung gemeinsamer Einrichtungen und Organisationen**
- **nachbarliche Zusammenarbeit**
-
- **Solidarität unter Kantonen (?)**

Solidarität unter Kantonen

- **Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 2. Februar 2012:**
 - generelle Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele mit Beteiligung der Klubs der jeweils obersten Spielklasse der Männer
- **Kanton Glarus:**
 - FC Glarus: 1988 – 1992 NLB; aktuell 4. Liga
 - FC Linth 04: aktuell 1. Liga
- **Notwendigkeit einer Übernahme der Änderungen für den Kanton Glarus?**
(Wenn es nicht notwendig ist zu legiferieren, dann ist es notwendig nicht zu legiferieren)
- **Landsgemeinde 2015:** Änderungen ohne Diskussion angenommen (!)
- Aber: 17. September 2017, 1/16-Final Helvetia Schweizer Cup: FC Linth 04 - FC St. Gallen 1879

Zustandekommen interkantonaler Verträge

- **Gegenrechtsvereinbarungen im Bereich der Besteuerung:**
 - Anfrage Kanton A
 - Antwort Kanton B
 - **reine Korrespondenz, je einseitige Erklärungen, kein eigentliches Vertragsdokument**

- **Form der Publikation?**

Publikation von Gegenrechtsvereinbarungen

Kanton Thurgau

672.528

Gegenrechtsvereinbarungen mit den Kantonen Bern, Freiburg, Glarus, Basel-Stadt, St. Gallen, Aargau und Jura

Kanton	Grundlagen
Bern	RRB Nr. 1977 vom 1. Oktober 1906 „Erklärung des Regierungsrates betreffend Steuerbefreiung von Legaten zu mildtätigen Zwecken und an gemeinnützige öffentliche Anstalten im Kanton Bern.“
Freiburg	RRB Nr. 1637 vom 10. Juli 1929 „Ermächtigung des Finanzdepartementes zur Abgabe einer Gegenrechtserklärung bezüglich Erbschaftssteuer.“
Glarus	RRB Nr. 2717 vom 18. November 1930 „Gegenrechtserklärung des Regierungsrates betreffend Steuerbefreiung von Zuwendungen für öffentliche, gemeinnützige und wohltätige Zwecke von der Erbschaftssteuer.“
Basel-Stadt	Korrespondenz vom 3. Dezember 1917 „Gegenrechtserklärung des Finanzdepartementes betreffend Steuerbefreiung von Zuwendungen an Korporationen, Stiftungen, Gesellschaften oder Vereine zu öffentlichen, religiösen, gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken von der Erbschaftssteuer.“
St. Gallen	Vereinbarung vom 22. September 1924 „Gegenrechtserklärung des Regierungsrates betreffend Steuerbefreiung von Vermögenszuwendungen durch letztwillige Verfügungen oder Schenkungen.“

Kanton Schaffhausen

643.112

Vereinbarungen über die Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer

(Verweisungen)

Vereinbarungen, nach denen Vermögenszuwendungen durch letztwillige Verfügungen oder Schenkungen, die von Einwohnern des einen Vertragskantons zugunsten des Staates, Gemeinden oder Institutionen gemeinnützigen Charakters des andern Kantons gemacht werden, am Wohnsitz des Schenkers von der Erbschafts- bzw. Vermächtnis- oder Schenkungssteuer oder entsprechenden Abgaben befreit werden, bestehen mit:

- Zürich (Gegenrechtsvereinbarung vom 15. Nov./8. Dez. 1928)
- Glarus (1931)
- Thurgau (1931)
- Bern (1943)
- Aargau (1949)
- St. Gallen (1967)
- Appenzell A.Rh. (1969)
- Basel-Landschaft (Amtsblatt 1976, S. 1085)
- Wallis (1979)
- Basel-Stadt (Amtsblatt 1980, S. 433)
- Luzern (Amtsblatt 1980, S. 841)
- Waadt (Amtsblatt 1984, S. 1200)
- Schwyz (Amtsblatt 1986, S. 87)
- Gmf (Amtsblatt 1986, S. 350)
- Zug (Amtsblatt 1988, S. 82)
- Uri (Amtsblatt 1995, S. 244)

Kanton Basel-Landschaft

1 338.11

Gegenrechtsvereinbarungen über die Steuerbefreiung für Zuwendungen an gemeinnützige und wohltätige Einrichtungen

Vom 31. März 1936 (Stand 26. Mai 2008)

Der Regierungsrat hat, gestützt auf § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 16. Februar 1920¹⁾ über die Erbschafts- und Schenkungssteuer, die folgenden Gegenrechtsvereinbarungen abgeschlossen:

§ 1 Liste

¹⁾ Folgende Gegenrechtsvereinbarungen sind abgeschlossen worden:

1. Vereinbarung vom 31.03.1936 zwischen dem Regierungsrat des Kantons Glarus einerseits und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft andererseits über die Steuerbefreiung für Zuwendungen an gemeinnützige oder wohltätige Einrichtungen
2. Gegenrechtserklärung vom 07.02.1952 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer der Kantone Zürich und Basel-Landschaft
3. Gegenrechtsvereinbarung vom 14.02.1953 betreffend Erbschafts- und Schenkungssteuer (Basel-Stadt) – GS 20.579
4. Vereinbarung vom 05.12.1960 betreffend die Erbschafts-, Vermächtnis- und Schenkungssteuer (St. Gallen)
5. Vereinbarung vom 26.09.1961 betreffend die Erbschafts- und Schenkungssteuer (Zug)
6. Gegenrechtserklärung vom 08.02.1963 zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Basel-Landschaft betreffend die Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer – GS 22.353
7. Gegenrechtserklärung vom 26.03.1963 zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und dem Kanton Bern betreffend die Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer – GS 28.401
8. Gegenrechtserklärung vom 21.02.1966 zwischen dem Kanton Uri und dem Kanton Basel-Landschaft betreffend die Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer – GS 23.237
9. Gegenrechtserklärung vom 22.03.1966 zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und dem Kanton Uri betreffend die Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer – GS 23.243

Publikation von interkantonalen Verträgen

– Publikationsgesetz vom 4. Mai 2014 (I D/24/1):

Art. 3 *Inhalt der Gesetzessammlung*

¹ In der Gesetzessammlung werden veröffentlicht:

- a. die Kantonsverfassung, die Gesetze und die übrigen allgemeinverbindlichen Erlasse der Landsgemeinde;
- b. die allgemeinverbindlichen Erlasse des Landrates, des Regierungsrates und der Gerichtsbehörden, der Departemente und anderer Verwaltungseinheiten sowie der juristischen Personen des kantonalen öffentlichen Rechts;
- c. die Konkordate und die weiteren Vereinbarungen des Kantons, die allgemeinverbindliche Bestimmungen enthalten, sowie die rechtssetzenden Erlasse interkantonomer Organe;
- d. die Beschlüsse der Landsgemeinde über frei bestimmbare Ausgaben und über Beteiligungen des Kantons.

² Der Regierungsrat kann Ausnahmen zu Absatz 1 sowie die Veröffentlichung weiterer Rechtsakte in der Gesetzessammlung vorsehen.



Rechtsnatur massgebend: rechtsgeschäftlicher oder rechtssetzender Vertrag

Publikation von interkantonalen Verträgen

- **Vereinbarung zwischen den Kantonen St. Gallen und Glarus über den Unterhalt der Brücke über den Linthkanal bei Ziegelbrücke vom 11. März 1991:**
 - **Kanton St. Gallen:**
 - Qualifikation als rechtssetzender Vertrag
 - Publikation in kantonaler Gesetzessammlung: sGS 732.326
 - **Kanton Glarus:**
 - Qualifikation als rechtsgeschäftlicher Vertrag
 - keine Publikation in kantonaler Gesetzessammlung

Ausnahmen von der Publikation in der kant. Gesetzessammlung

– Publikationsverordnung vom 12. August 2014 (GS I D/24/2):

Art. 3 *Ausnahmen von der Veröffentlichung in der Gesetzessammlung*

¹ Nicht in der Gesetzessammlung veröffentlicht werden:

- a. allgemeinverbindliche Erlasse, die einen konkreten Sachverhalt regeln (Allgemeinverfügungen);
- b. die Statuten und Reglemente der Glarner Kantonalbank sowie die Erlasse der übrigen juristischen Personen des kantonalen öffentlichen Rechts, soweit deren Inhalt keine unmittelbaren Auswirkungen auf die ~~Bürgerinnen und Bürger hat.~~

² Von der Veröffentlichung des interkantonalen Rechts in der Gesetzessammlung kann abgesehen werden, wenn eine gleichwertige Publikation des Bundes oder auf interkantonomer Ebene zur Verfügung steht. In diesem Fall wird in der Gesetzessammlung auf die ausserkantonale Publikation verwiesen.

³ Im Übrigen kann von der Veröffentlichung von Erlassen und Vereinbarungen des Kantons und interkantonomer Organe in der Gesetzessammlung abgesehen werden, wenn sie sich an einen begrenzten, abschliessend bestimmmbaren Personenkreis richten und dessen Information auf andere Weise sichergestellt wird.

Publikation durch Verweis

- vor allem für „**Sekundärrecht**“ geeignet:
 - **Erlasse von Direktorenkonferenzen** (z.B. Rechtssammlung EDK)
 - Erlasse von interkantonalen Organisationen und Einrichtungen

- massgebende Frage: **Gleichwertigkeit der ausserkantonalen Publikation?**

Publikation durch Verweis

Kanton Bern

Erlasse der Organe der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

439.181.1

vom 18.09.2015 (Stand 01.11.2015)

In Anwendung von Artikel 3 und 5 des Publikationsgesetzes vom 18. Januar 1993 (PuG)^[1] werden die rechtsetzenden Erlasse der Organe der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in der Bernischen Amtlichen Gesetzessammlung in der Form eines Sammelverweises veröffentlicht.

Diese rechtsetzenden Erlasse können bei folgender Stelle bezogen werden:

Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren
Generalsekretariat
Haus der Kantone
Speichergasse 6
3000 Bern 7

Sie sind auch auf Internet verfügbar unter:

<http://www.edk.ch> 

Kanton Solothurn

411.281

Erlasse der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Stand 1. August 2014

Die nachfolgend aufgeführten Erlasstitel werden gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993^[1] publiziert. Die Erlasse werden in der Solothurnischen Gesetzessammlung nicht im Volltext aufgenommen. Sie sind einsehbar unter <http://www.edk.ch> -> Offizielle Texte -> Rechtsammlung der EDK.

4. Diplomanerkenntnisse

4.1. Grundlagen

- 4.1.1.1. Gebührenreglement der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren vom 7. September 2006
- 4.1.1.2. Reglement über die Rekurskommission der EDK und der GDK vom 6. September 2007

4.2. Anerkennungsreglemente

4.2.1. Sekundarstufe II

- 4.2.1.1. Verordnung des Bundesrates/Reglement der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) vom 16. Januar/15. Februar 1995
- 4.2.1.2. Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen vom 12. Juni 2003
 - 4.2.1.2.1. Richtlinien für den Vollzug des Reglements über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen vom 22. Januar 2004
 - 4.2.1.2.2. Richtlinien über die zusätzlichen Leistungen für die Fachmaturität im Berufsfeld Pädagogik vom 11. Mai 2012 (Inkrafttreten auf den 1. August 2013)

Publikation durch Verweis

- **Einrichtung einer überkantonalen Publikationsplattform für interkantonales Recht?**
 - Vorteile
 - Nachteile

- Projekt / Produkt **IntLex** von Sitrox

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Fragen und Anliegen